



Notizbuch der Woche

In Leipzig auf hoher See

Von Thomas Kirstein

Deutsche Gerichte sind unabhängig. Als dritte Gewalt, als Judikative, lassen sie sich von der Exekutive, den Regierungen, weder dreinreden noch anweisen; auf das, was die Legislative, die Parlamente, beschließt, stützen sich Urteile, doch sind die Gesetze auch höchststrichterlicher Kontrolle unterworfen. Die garantierte Unabhängigkeit der Justiz verbietet es somit anständigen Menschen, die Besetzung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig als schlechtes Omen für die Offenbach betreffenden Fluglärmscheidungen zu verkaufen.

Also keine Wette auf einen nachteiligen Ausgang, weil Rüdiger Rubel, der Vorsitzende Richter des 4. Revisionssepts, vor dem am 13. März Offenbachs Einspruch gegen einen negativen Spruch des hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassen verhandelt wird, als einem ausgewiesenen Ausbaufreund nahe stehend gilt.

Auch sei die Berliner Zeitung kein Vorbild. Die merkte ziemlich gemein an, nachdem der Leipziger Senat Nachtflüge am künftigen Hauptstadtflughafen Schönefeld zugelassen hatte: „Schon früher soll Rubel ein privilegierter Richter von Hessens Ex-Ministerpräsident Roland Koch (CDU) gewesen sein, der den Ausbau des Frankfurter Flughafens vorangetrieben habe.“ Die BZ bezieht sich dabei auf den SPD-Bürgermeister der brandenburgischen Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, der dem Bundesverwaltungsrichter Befangenheit vorgeworfen hatte, weil er wirtschaftliche Interessen über den Lärmschutz stelle.

Freilich ist Nähe zu Roland Koch zwangsläufig kein Indiz für tiefes Verständnis für die Nöte von Fluglärmopfern. Wir erinnern uns: Koch und seine Konsorten haben nicht nur die Mediations-Teilnehmer mit der Nachtfluglärm eingeseift, sondern auch zynisch entschieden, dass eine neue Landebahn dort entstehen müsse, wo die wenigsten Menschen neu belastet würden - sollte heißen: Lieber mehr Krach für die, die ohnehin schon welchen haben. Jetzt, da eine ganze Region merkt, dass es doch nicht nur die Offenbacher Schmuddelkinder, sondern auch sie trifft, ist der Koch längst Oberbaulöwe von Bilfinger Berger.

Aber solche die Vergangenheit bewältigenden Verknüpfungen haben für die Leipziger Perspektiven sicherlich nichts zu bedeuten. Ein deutsches Gericht ist schließlich unabhängig. Das soll nun aber für Offenbach nicht heißen, dass eigene Versuche, die Justiz zu beeinflussen, überflüssig wären. Im Gegenteil: Den Richtern ist in den nächsten Monaten ein möglichst beeindruckender Vormarsch zu bereiten. Es gilt, möglichst phantasievolle und geschlossene Signale in Richtung Sachsen zu senden, dass die Menschen in diesem dicht besiedelten Gebiet nicht gewillt sind, Ruhe, Gesundheit und Vermögen dem Profitstreben der Flughafenbetreiberin Fraport und ihrer Aktionäre (31,5% Land Hessen, 20,1% Prozent Stadtwerke Frankfurt, 9,9% Deutsche Lufthansa...) zu opfern.

Bei der Abwägung von Interessen kann breiter Protest entscheidend sein. Zwar wird Rüdiger Rubels Senat deswegen kaum Roland Kochs Landebahn-Favoritin im Nordwesten zurückbauen lassen. Aber die Kammer könnte Betreiber und Genehmiger zwingen, all die ihnen derzeit lästigen und zu teuren Möglichkeiten auszuschöpfen, die geeignet wären, das laute Los der Bevölkerung zu mildern. Und bei der Verfolgung dieses fürsorglichen Zwecks käme die unabhängige Justiz besonders nicht umhin, den mit der scheinheiligen Begründung, man wolle bloß Rechtssicherheit erhalten, eingelegten Widerspruch der Landesregierung gegen ein Verbot nächtlicher Starts und Landungen abzuschmettern.

Könnte, wäre, käme: Die Konjunktive sind zu betonen und zu unterstreichen. Denn ein Verwaltungsgericht entscheidet in erster Linie darüber, ob bei der Genehmigung des Flughafens Rechtsverletzungen begangen wurden, und leider nicht vorrangig darüber, was Menschen zugemutet werden darf. Und überdies gilt, Koch-Nähe des Vorsitzenden hin oder her, der alte Juristenspruch, dass man sich auf hoher See und vor Gericht allein in Gottes Hand befindet.



Die ewige Jobmaschine

Von Martin Kuhn

Das Internet vergisst nichts. In diesem Fall: Gott sei Dank! Ein paar „Klicks“ reichen, um - sagen wir mal - Erhellendes zu erfahren. So zitiert der Focus im Juni 1999 den damaligen Flughafen-Chef Wilhelm Bender: „Wir wollen den Ausbau nur im Konsens mit der Bevölkerung.“ Wie sich dieser anhört, bekommt jeder unter der Lärmschneise ab 5 Uhr präsentiert. Aber schon vor zwölf Jahren ist parallel stets der Ruf der Airports als sogenannte Jobmaschine zu vernehmen. Damals preist SPD-Politiker Lothar Klemm in dem Magazin: „Wenn die neue Landebahn kommt, rechne ich in den nächsten 15 Jahren mit 60 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Region.“ Im Dezember resümiert die Welt in einem Artikel: „Der Ausbau des Luftdrehkreuzes Frankfurt könnte mehr als 100 000 Jobs in die Region bringen.“ Wer will bei solchen imposanten Zahlen schon als Bremsklotz des Aufschwungs dastehen? Heute weiß man: Immer mehr Lärmgeplagte.

Aber das mit den zusätzlichen Arbeitsplätzen könnte tatsächlich zutreffen. Seit der feierlichen Eröffnung der Nord-West-Schneise ist der Anruf bei der Fluglärmbeschwerde (☎ 0800 2345679) lästige, aber notwendige Pflicht. Der rein subjektive Eindruck: Am Telefon grüßt zwar nicht täglich das Murretier, dafür aber stets ein anderer, freundlicher und korrekter Mitarbeiter. Und eine junge Dame bekannte kürzlich beinahe entschuldigend: „Ich mache das heut' zum ersten Mal...“ Das ist erfrischend ehrlich, und so nimmt man die etwas länger dauernde Registrierung der Bürgerklage gern hin. Also sehen wir's mal ausnahmsweise positiv und stimmen mit den anfangs zitierten Passagen überein: Zumindest an dieser Stelle kommt die Jobmaschine Rhein-Main nicht so schnell aus dem Takt...